

Ausgabe
in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

Inhalt

I *Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

Verordnung (EG) Nr. 1337/96 der Kommission vom 10. Juli 1996 zur Änderung der Ausfuhrerstattungen für Weißzucker und Rohzucker in unverändertem Zustand	1
Verordnung (EG) Nr. 1338/96 der Kommission vom 10. Juli 1996 zur Festsetzung der repräsentativen Preise und der zusätzlichen Einfuhrzölle für Melasse im Zuckersktor	3
Verordnung (EG) Nr. 1339/96 der Kommission vom 10. Juli 1996 zur Festsetzung des Höchstbetrags der Ausfuhrerstattung für Weißzucker für die im Rahmen der Dauerausschreibung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1813/95 durchgeführte 47. Teilausschreibung	5
Verordnung (EG) Nr. 1340/96 der Kommission vom 10. Juli 1996 über die Erteilung von Lizenzen für die Ausfuhr von Obst und Gemüse ohne Vorausfestsetzung der Erstattung	6
Verordnung (EG) Nr. 1341/96 der Kommission vom 10. Juli 1996 betreffend die Verordnung (EG) Nr. 1218/96 zur teilweisen Befreiung vom Einfuhrzoll für bestimmte Getreideerzeugnisse gemäß den Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Polen, der Republik Ungarn, der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik, der Republik Bulgarien und der Republik Rumänien	8
Verordnung (EG) Nr. 1342/96 der Kommission vom 10. Juli 1996 zur Berichtigung der Verordnungen (EG) Nr. 495/96, (EG) Nr. 505/96, (EG) Nr. 513/96, (EG) Nr. 525/96, (EG) Nr. 537/96, (EG) Nr. 543/96, (EG) Nr. 574/96, (EG) Nr. 583/96, (EG) Nr. 598/96 und (EG) Nr. 614/96 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise	9
* Verordnung (EG) Nr. 1343/96 der Kommission vom 9. Juli 1996 zur Festsetzung von Durchschnittswerten je Einheit für die Ermittlung des Zollwerts bestimmter verderblicher Waren	11
Verordnung (EG) Nr. 1344/96 der Kommission vom 10. Juli 1996 über die Erteilung von Einfuhrlizenzen für Knoblauch mit Ursprung in China	17

Verordnung (EG) Nr. 1345/96 der Kommission vom 10. Juli 1996 betreffend die Erteilung von Einfuhrlicenzen für frisches, gekühltes oder gefrorenes hochwertiges Rindfleisch	18
Verordnung (EG) Nr. 1346/96 der Kommission vom 10. Juli 1996 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise	19

II *Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

Rat

96/417/EG:

- * **Beschluß des Rates vom 25. Juni 1996 zur Ernennung von fünf Mitgliedern und drei stellvertretenden Mitgliedern des Ausschusses der Regionen** 21

96/418/EG:

- * **Entscheidung des Rates vom 27. Juni 1996 zur Ermächtigung eines Mitgliedsstaats, gemäß dem Verfahren in Artikel 8 Absatz 4 der Richtlinie 92/81/EWG für Mineralöle mit bestimmten Verwendungszwecken Verbrauchsteuerbefreiungen oder -ermäßigungen einzuführen oder beizubehalten** 22

96/419/Euratom:

- * **Entscheidung des Rates vom 27. Juni 1996 zur Festlegung eines von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführenden zusätzlichen Forschungsprogramms (1996-1999)** 23

96/420/EG:

- * **Entscheidung des Rates vom 27. Juni 1996 zur Aufhebung der Entscheidung über das Vorliegen eines übermäßigen Defizits in Dänemark** 25

96/421/EG:

- * **Entscheidung des Rates vom 27. Juni 1996 über das Vorliegen eines übermäßigen Defizits in Deutschland** 26

Berichtigungen

- * **Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 658/96 der Kommission vom 9. April 1996 über die Voraussetzungen für die Ausgleichszahlungen im Rahmen der Stützungsregelung für Erzeuger bestimmter landwirtschaftlicher Kulturpflanzen (ABl. Nr. L 91 vom 12. 4. 1996)** 28

I

(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

VERORDNUNG (EG) Nr. 1337/96 DER KOMMISSION

vom 10. Juli 1996

zur Änderung der Ausfuhrerstattungen für Weißzucker und Rohzucker in unverändertem Zustand

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates
vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Zucker ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung
(EG) Nr. 1126/96 der Kommission ⁽²⁾, insbesondere auf
Artikel 19 Absatz 4 zweiter Unterabsatz,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Erstattungen, die bei der Ausfuhr von Weiß- und
Rohzucker anzuwenden sind, wurden durch die Verord-
nung (EG) Nr. 1280/96 der Kommission ⁽³⁾ festgesetzt.

Die Anwendung der in der Verordnung (EG) Nr. 1280/96
enthaltenen Modalitäten auf die Angaben, über die die
Kommission gegenwärtig verfügt, führt dazu, daß die

derzeit geltenden Ausfuhrerstattungen entsprechend dem
Anhang zu dieser Verordnung zu ändern sind —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Erstattungen bei der Ausfuhr in unverändertem
Zustand der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a) der
Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 genannten und nicht
denaturierten Erzeugnisse, die im Anhang der Verord-
nung (EG) Nr. 1280/96 festgesetzt wurden, werden wie im
Anhang angegeben geändert.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 11. Juli 1996 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 10. Juli 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 150 vom 25. 6. 1996, S. 3.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 165 vom 4. 7. 1996, S. 12.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 10. Juli 1996 zur Änderung der Ausfuhrerstattungen für Weißzucker und Rohzucker in unverändertem Zustand

Erzeugniscode	Betrag der Erstattung ⁽¹⁾
	— in ECU/100 kg —
1701 11 90 100	34,49 ⁽¹⁾
1701 11 90 910	34,42 ⁽¹⁾
1701 11 90 950	⁽²⁾
1701 12 90 100	34,49 ⁽¹⁾
1701 12 90 910	34,42 ⁽¹⁾
1701 12 90 950	⁽²⁾
	— in ECU/1 % Saccharose × 100 kg —
1701 91 00 000	0,3749
	— in ECU/100 kg —
1701 99 10 100	37,49
1701 99 10 910	37,42
1701 99 10 950	37,42
	— in ECU/1 % Saccharose × 100 kg —
1701 99 90 100	0,3749

⁽¹⁾ Dieser Betrag gilt für Rohzucker mit einem Rendementwert von 92 v. H. Wenn der Rendementwert des ausgeführten Rohzuckers von 92 v. H. abweicht, wird der anwendbare Erstattungsbetrag gemäß den Bestimmungen von Artikel 17a Absatz 4 der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 errechnet.

⁽²⁾ Diese Festsetzung wurde ausgesetzt durch die Verordnung (EWG) Nr. 2689/85 der Kommission (ABl. Nr. L 255 vom 26. 9. 1985, S. 12), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3251/85 (ABl. Nr. L 309 vom 21. 11. 1985, S. 14).

⁽³⁾ Die für die Ausfuhr nach der Föderativen Republik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) vorgesehenen Erstattungen dürfen nur unter Einhaltung der mit der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 990/93 und der Verordnung (EG) Nr. 462/96 festgelegten Bedingungen gewährt werden.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1338/96 DER KOMMISSION

vom 10. Juli 1996

**zur Festsetzung der repräsentativen Preise und der zusätzlichen Einfuhrzölle für
Melasse im Zuckersektor**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des
Rates vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Markt-
organisation für Zucker⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die
Verordnung (EG) Nr. 1126/96 der Kommission⁽²⁾,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1422/95 der
Kommission vom 23. Juni 1995 mit Durchführungs-
bestimmungen für die Einfuhr von Melasse im Zuckersektor
und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 785/68⁽³⁾,
insbesondere auf Artikel 1 Absatz 2 und Artikel 3 Absatz
1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1422/95 wird der cif-
Preis bei der Einfuhr von Melasse, im folgenden „reprä-
sentativer Preis“ genannt, nach Maßgabe der Verordnung
(EWG) Nr. 785/68 der Kommission⁽⁴⁾ bestimmt. Dieser
Preis gilt für die Standardqualität gemäß Artikel 1 der
genannten Verordnung.

Der repräsentative Preis für Melasse wird für einen Grenz-
übergangsort der Gemeinschaft, in diesem Fall
Amsterdam, festgesetzt. Der Preis muß auf der Grundlage
der günstigsten Einkaufsmöglichkeiten auf dem Welt-
markt unter Berücksichtigung der nach Maßgabe der
etwaigen Qualitätsunterschiede gegenüber der Standard-
qualität berichtigten Notierungen oder Preises dieses
Marktes berechnet werden. Die Standardqualität für
Melasse ist in der Verordnung (EWG) Nr. 785/68 festge-
legt.

Zur Feststellung der günstigsten Einkaufsmöglichkeiten
auf dem Weltmarkt müssen alle Informationen betreffend
die Angebote auf dem Weltmarkt, die auf den wichtigen
Märkten in Drittländern festgestellten Preise und die
Verkaufsabschlüsse im Rahmen des internationalen
Handels berücksichtigt werden, die die Kommission von
den Mitgliedstaaten erhält bzw. die ihr aus eigenen
Quellen vorliegen. Bei dieser Feststellung gemäß Artikel
7 der Verordnung (EWG) Nr. 785/68 ist es möglich, den
Durchschnitt mehrerer Preise zugrunde zu legen, soweit
dieser Durchschnitt für die tatsächliche Markttendenz als
repräsentativ gelten kann.

Nicht berücksichtigt werden die Informationen, wenn die
Ware nicht gesund und von handelsüblicher Qualität ist
oder wenn der Angebotspreis nur eine geringe, für den
Markt nicht repräsentative Menge betrifft. Außerdem sind
Angebotspreise auszuschließen, die als für die tatsächliche
Markttendenz nicht repräsentativ gelten.

Um vergleichbare Angaben für Melasse der Standardqua-
lität zu erhalten, müssen die Preise je nach Qualität der
angebotenen Melasse nach Maßgabe der in Anwendung
von Artikel 6 der Verordnung (EWG) Nr. 785/68
erzielten Ergebnisse erhöht oder verringert werden.

Ein repräsentativer Preis kann ausnahmsweise während
eines begrenzten Zeitraums auf unveränderter Höhe
beibehalten werden, wenn der Angebotspreis, der als
Grundlage für die vorangegangene Festsetzung des reprä-
sentativen Preises gedient hat, der Kommission nicht zur
Kenntnis gelangt ist und die vorliegenden, offenbar für
die effektive Markttendenz nicht repräsentativen Ange-
botspreise zu plötzlichen und erheblichen Änderungen
des repräsentativen Preises führen würden.

Besteht zwischen dem Auslöschungspreis für das fragliche
Erzeugnis und dem repräsentativen Preis ein Unterschied,
so sind nach Maßgabe von Artikel 3 der Verordnung (EG)
Nr. 1422/95 zusätzliche Einfuhrzölle festzusetzen. Bei
Aussetzung der Einfuhrzölle gemäß Artikel 5 der Verord-
nung (EG) Nr. 1422/95 sind für diese Zölle besondere
Beträge festzusetzen.

Aus der Anwendung dieser Bestimmungen ergibt sich,
daß die repräsentativen Preise und die zusätzlichen Zölle
bei der Einfuhr der betreffenden Erzeugnisse nach
Maßgabe des Anhangs dieser Verordnung festzusetzen
sind.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen
entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsaus-
schusses für Zucker —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die repräsentativen Preise und die zusätzlichen Zölle bei
der Einfuhr der Erzeugnisse des Artikels 1 der Verord-
nung (EG) Nr. 1422/95 werden entsprechend dem
Anhang festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 11. Juli 1996 in Kraft.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 150 vom 25. 6. 1996, S. 3.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 141 vom 24. 6. 1995, S. 12.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 145 vom 27. 6. 1968, S. 12.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 10. Juli 1996

Für die Kommission
 Franz FISCHLER
Mitglied der Kommission

ANHANG

zur Festsetzung der repräsentativen Preise und der zusätzlichen Zölle bei der Einfuhr von Melasse im Zuckersektor

KN-Code	Repräsentativer Preis je 100 kg Eigengewicht des Erzeugnisses	Zusätzlicher Zoll je 100 kg Eigengewicht des Erzeugnisses	Bei der Einfuhr je 100 kg Eigengewicht des Erzeugnisses wegen der Aussetzung gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1422/95 anzuwendender Betrag (²)
1703 10 00 (¹)	8,25	—	0,00
1703 90 00 (¹)	11,93	—	0,00

(¹) Festsetzung für die Standardqualität gemäß Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 785/68.

(²) Dieser Betrag ersetzt gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1422/95 den für diese Erzeugnisse festgesetzten Zollsatz des Gemeinsamen Zolltarifs.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1339/96 DER KOMMISSION

vom 10. Juli 1996

zur Festsetzung des Höchstbetrags der Ausfuhrerstattung für Weißzucker für die im Rahmen der Dauerausschreibung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1813/95 durchgeführte 47. Teilausschreibung

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1126/96 der Kommission⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 17 Absatz 5 zweiter Unterabsatz Buchstabe b),

in Erwägung nachstehender Gründe:

Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1813/95 der Kommission vom 26. Juli 1995 betreffend eine Dauerausschreibung für die Festsetzung von Abschöpfungen und/oder Erstattungen bei der Ausfuhr von Weißzucker⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 706/96⁽⁴⁾, werden Teilausschreibungen für die Ausfuhr dieses Zuckers durchgeführt.

Gemäß Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1813/95 ist gegebenenfalls ein Höchstbetrag der Ausfuhrerstattung für die betreffende Teilausschreibung insbesondere unter Berücksichtigung der Lage und der voraussichtlichen Entwicklung des Zuckermarktes in der Gemeinschaft sowie des Weltmarktes festzusetzen.

Nach Prüfung der Angebote sind für die 47. Teilausschreibung die in Artikel 1 genannten Bestimmungen festzulegen.

Die Verordnung (EWG) Nr. 990/93 des Rates⁽⁵⁾, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1380/95⁽⁶⁾, untersagt den Handel zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der

Föderativen Republik Jugoslawien (Serbien und Montenegro). Dieses Verbot gilt jedoch nicht in Situationen wie denen, die in den Artikeln 2, 4, 5 und 7 der genannten Verordnung und der Verordnung (EG) Nr. 462/96 des Rates⁽⁷⁾ limitativ angeführt sind. Bei der Festsetzung der Erstattungen ist dieser Bestimmung Rechnung zu tragen.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Zucker —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

(1) Für die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1813/95 durchgeführte 47. Teilausschreibung für Weißzucker wird eine Ausfuhrerstattung von höchstens 40,420 ECU je 100 kg festgesetzt.

(2) Die für die Ausfuhr nach der Föderativen Republik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) vorgesehenen Erstattungen dürfen nur unter Einhaltung der mit der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 990/93 und der Verordnung (EG) Nr. 462/96 festgelegten Bedingungen gewährt werden.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 11. Juli 1996 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 10. Juli 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 150 vom 25. 6. 1996, S. 3.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 175 vom 27. 7. 1995, S. 12.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 98 vom 19. 4. 1996, S. 11.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 102 vom 28. 4. 1993, S. 14.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 138 vom 21. 6. 1995, S. 1.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 65 vom 15. 3. 1996, S. 1.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1340/96 DER KOMMISSION

vom 10. Juli 1996

über die Erteilung von Lizenzen für die Ausfuhr von Obst und Gemüse ohne Vorausfestsetzung der ErstattungDIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1488/95 der
Kommission vom 28. Juni 1995 mit Durchführungsbe-
stimmungen zu den Ausfuhrerstattungen für Obst und
Gemüse⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG)
Nr. 2702/95⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 6,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Mit der Verordnung (EG) Nr. 1489/95 der Kom-
mission⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr.
1014/96⁽⁴⁾, wurden die Richtmengen festgesetzt, für die
Einfuhrlizenzen erteilt werden. Von diesen Richtmengen
ausgenommen sind die Mengen, welche im Rahmen der
Nahrungsmittelhilfe beantragt werden.Nach Kenntnis der Kommission wurden diese Richt-
mengen bei Tomaten, Haselnüssen in der Schale, Pfir-
sichen und Nektarinen überschritten.Bezüglich der für Tomaten, Haselnüsse in der Schale,
Pflirsche und Nektarinen zwischen dem 1. Mai und dem30. Juni 1996 ohne Vorausfestsetzung der Erstattung
beantragten Mengen sollte deshalb ein Verringerungskoeff-
fizient festgesetzt werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*Die Verringerungskoeffizienten, mit denen die Mengen
zu multiplizieren sind, für die zwischen dem 1. Mai und
dem 30. Juni 1996 zur Ausfuhr ohne Vorausfestsetzung
der Erstattung die in Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr.
1488/95 genannten Lizenzen beantragt wurden, und die
anzuwendenden Erstattungen sind im Anhang festgesetzt.Der vorstehende Absatz gilt nicht für Lizenzen, die im
Rahmen der Nahrungsmittelhilfe gemäß Artikel 10
Absatz 4 des im Rahmen der multilateralen Handelsver-
handlungen der Uruguay-Runde geschlossenen Agrar-
übereinkommens beantragt werden.*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 11. Juli 1996 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 10. Juli 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. Nr. L 145 vom 29. 6. 1995, S. 68.⁽²⁾ ABl. Nr. L 280 vom 23. 11. 1995, S. 30.⁽³⁾ ABl. Nr. L 145 vom 29. 6. 1995, S. 75.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 135 vom 6. 6. 1996, S. 13.

ANHANG

Verringerungskoeffizienten und Erstattungen, die auf die beantragten Mengen bzw. bei der Ausfuhr ohne Vorausfestsetzung der Erstattung mit den zwischen dem 1. Mai und dem 30. Juni 1996 beantragten Lizenzen anzuwenden sind

Erzeugnis	Verringerungskoeffizient Menge	Erstattung (in ECU/t netto)
Tomaten/Paradeiser (*)	0,7823	41,30
Mandeln ohne Schale	(keine)	88,90
Haselnüsse in der Schale	0,8267	103,80
Haselnüsse ohne Schale	(keine)	200,20
Walnüsse in der Schale		
Orangen		
Zitronen		
Tafeltrauben	(keine)	44,50
Äpfel		
Pfirsiche und Nektarinen	0,1473	45,90

(*) Österreichischer Ausdruck gemäß Protokoll Nr. 10 zur Beitrittsakte 1994.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1341/96 DER KOMMISSION

vom 10. Juli 1996

betreffend die Verordnung (EG) Nr. 1218/96 zur teilweisen Befreiung vom Einfuhrzoll für bestimmte Getreideerzeugnisse gemäß den Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Polen, der Republik Ungarn, der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik, der Republik Bulgarien und der Republik Rumänien

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 923/96 der Kommission⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 9,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Mit der Verordnung (EG) Nr. 1218/96 der Kommission vom 28. Juni 1996 zur teilweisen Befreiung vom Einfuhrzoll für bestimmte Getreideerzeugnisse gemäß den Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Polen, der Republik Ungarn, der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik, der Republik Bulgarien und der Republik Rumänien⁽³⁾ wurden unter anderem die Mengen Gerste und Weichweizen mit Ursprung in der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik und der Republik Ungarn festgelegt, für welche die Vorzugsbedingungen gemäß den mit den genannten Ländern geschlossenen Interimsabkommen gelten.

Überschreiten die bezüglich der Erteilung von Einfuhrlicenzen beantragten Mengen das jeweilige Jahreskontin-

gent, setzt die Kommission zur Verringerung dieser Mengen einen einheitlichen Prozentsatz fest. Am 8. Juli 1996 wurden Einfuhrlicenzen für 483 440 Tonnen Weizen aus der Republik Ungarn mit um 80 % vermindertem Einfuhrzoll beantragt, während für diese Einfuhr höchstens 116 000 Tonnen vorgesehen sind —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Den am 8. Juli 1996 gestellten und der Kommission mitgeteilten Anträgen auf Erteilung von Einfuhrlicenzen für die im Rahmen des Kontingents „Ungarn“ vorgesehene Einfuhr von Weichweizen und Hartweizen der KN-Codes 1001 90 99 und 1001 10 00 mit einem gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1218/96 um 80 % verminderten Einfuhrzoll wird für die in diesen Anträgen vermerkten und mit dem Koeffizienten 0,239947 multiplizierten Mengen stattgegeben.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 11. Juli 1996 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 10. Juli 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 21.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 126 vom 24. 5. 1996, S. 37.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 161 vom 29. 6. 1996, S. 51.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1342/96 DER KOMMISSION

vom 10. Juli 1996

zur Berichtigung der Verordnungen (EG) Nr. 495/96, (EG) Nr. 505/96, (EG) Nr. 513/96, (EG) Nr. 525/96, (EG) Nr. 537/96, (EG) Nr. 543/96, (EG) Nr. 574/96, (EG) Nr. 583/96, (EG) Nr. 598/96 und (EG) Nr. 614/96 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3223/94 der Kommission vom 21. Dezember 1994 mit Durchführungsbestimmungen zu der Regelung der Einfuhr von Obst und Gemüse⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2933/95⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 4 Absatz 1,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3813/92 des Rates vom 28. Dezember 1992 über die Rechnungseinheit und die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzuwendenden Umrechnungskurse⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 150/95⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 3 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Verordnungen (EG) Nr. 495/96⁽⁵⁾, (EG) Nr. 505/96⁽⁶⁾, (EG) Nr. 513/96⁽⁷⁾, (EG) Nr. 525/96⁽⁸⁾, (EG) Nr. 537/96⁽⁹⁾, (EG) Nr. 543/96⁽¹⁰⁾, (EG) Nr. 574/96⁽¹¹⁾, (EG) Nr. 583/96⁽¹²⁾, (EG) Nr. 598/96⁽¹³⁾ und (EG) Nr. 614/96⁽¹⁴⁾ der Kommission, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 808/96⁽¹⁵⁾, legen pauschale Einfuhrwerte fest, die bei der Bestimmung des Einfuhrpreises von Tomaten/Paradeisern^(*) mit Ursprung in mehreren Drittländern zu berücksichtigen sind.

Nach Artikel 4 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 ist der Durchschnitt der pauschalen Einfuhr-

werte zu berücksichtigen, wenn für einen bestimmten Ursprung des betreffenden Erzeugnisses kein pauschaler Einfuhrpreis festgesetzt ist. Dieser Durchschnitt ist erneut zu berechnen, wenn einer der berücksichtigten pauschalen Einfuhrwerte berichtigt wird.

Die Einführer müssen, damit ihnen kein Nachteil entsteht, die Anwendung des berichtigten pauschalen Einfuhrwerts beantragen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die auf Tomaten/Paradeiser mit Ursprung in bestimmten Drittländern anwendbaren pauschalen Einfuhrwerte sind im Anhang zu den Verordnungen (EG) Nr. 495/96, (EG) Nr. 505/96, (EG) Nr. 513/96, (EG) Nr. 525/96, (EG) Nr. 537/96, (EG) Nr. 543/96, (EG) Nr. 574/96, (EG) Nr. 583/96, (EG) Nr. 598/96 und (EG) Nr. 614/96 festgelegt. Diese Einfuhrwerte werden durch die in der Tabelle im Anhang zur vorliegenden Verordnung angegebenen pauschalen Einfuhrwerte ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Artikel 1 gilt jedoch auf Antrag der Beteiligten vom 22. März bis 9. April 1996.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 10. Juli 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 66.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 307 vom 20. 12. 1995, S. 21.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 387 vom 31. 12. 1992, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 22 vom 31. 1. 1995, S. 1.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 74 vom 22. 3. 1996, S. 1.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 75 vom 23. 3. 1996, S. 34.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 76 vom 26. 3. 1996, S. 18.

⁽⁸⁾ ABl. Nr. L 77 vom 27. 3. 1996, S. 16.

⁽⁹⁾ ABl. Nr. L 78 vom 28. 3. 1996, S. 25.

⁽¹⁰⁾ ABl. Nr. L 79 vom 29. 3. 1996, S. 16.

⁽¹¹⁾ ABl. Nr. L 80 vom 30. 3. 1996, S. 56.

⁽¹²⁾ ABl. Nr. L 83 vom 2. 4. 1996, S. 14.

⁽¹³⁾ ABl. Nr. L 84 vom 3. 4. 1996, S. 42.

⁽¹⁴⁾ ABl. Nr. L 86 vom 4. 4. 1996, S. 65.

⁽¹⁵⁾ ABl. Nr. L 108 vom 1. 5. 1996, S. 61.

^(*) Österreichischer Ausdruck gemäß Protokoll Nr. 10 zur Beitrittsakte von 1994.

ANHANG

(in ECU/100 kg)

Verordnung	KN-Code	Drittland-Code ⁽¹⁾	Pauschaler Einfuhrwert
(EG) Nr. 495/96	0702 00 15	999	77,7
(EG) Nr. 505/96	0702 00 15	999	77,4
(EG) Nr. 513/96	0702 00 15	999	75,6
(EG) Nr. 525/96	0702 00 15	999	80,7
(EG) Nr. 537/96	0702 00 15	999	84,9
(EG) Nr. 543/96	0702 00 15	999	84,4
(EG) Nr. 574/96	0702 00 15	999	83,5
(EG) Nr. 583/96	0702 00 15	999	81,7
(EG) Nr. 598/96	0702 00 15	999	79,9
(EG) Nr. 614/96	0702 00 15	999	80,4

⁽¹⁾ Die Nomenklatur der Länder ist durch die Verordnung (EG) Nr. 68/96 der Kommission festgelegt (ABl. Nr. L 14 vom 19. 1. 1996, S. 6). Der Code „999“ steht für „andere Ursprünge“.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1343/96 DER KOMMISSION

vom 9. Juli 1996

zur Festsetzung von Durchschnittswerten je Einheit für die Ermittlung des
Zollwerts bestimmter verderblicher Waren

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des
Rates vom 12. Oktober 1992 zur Festlegung des Zoll-
kodex der Gemeinschaften ⁽¹⁾, geändert durch die Verord-
nung (EWG) Nr. 2454/93 ⁽²⁾,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 der
Kommission vom 2. Juli 1993 mit Durchführungsvor-
schriften zu der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 zur
Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften, zuletzt
geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 482/96 ⁽³⁾,
insbesondere auf Artikel 173 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Artikel 173 bis 177 der Verordnung (EWG)
Nr. 2454/93 sehen vor, daß die Kommission periodische

Durchschnittswerte je Einheit für die Waren nach der
Klasseneinteilung gemäß Anhang Nr. 26 dieser Verord-
nung festsetzt.

Die Anwendung der in den obengenannten Artikeln fest-
gelegten Regeln und Kriterien auf die der Kommission
nach Artikel 173 Absatz 2 der genannten Verordnung
mitgeteilten Angaben führt zu den im Anhang zur vorlie-
genden Verordnung festgesetzten Durchschnittswerten je
Einheit —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die in Artikel 173 Absatz 1 der Verordnung (EWG)
Nr. 2454/93 vorgesehenen Durchschnittswerte je Einheit
werden wie im Anhang angegeben festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 12. Juli 1996 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 9. Juli 1996

Für die Kommission

Mario MONTI

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 302 vom 19. 10. 1992, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 253 vom 11. 10. 1993, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 70 vom 20. 3. 1996, S. 4.

ANHANG

Rubrik	Warenbezeichnung	Durchschnittswerte je Einheit (Betrag) / 100 kg netto						
	Ware, Art, KN-Code	a) b) c)	ECU Fmk Skr	öS ffrs bfrs/lfrs	DM Ir£ £ Stg	Dkr Lit	Dr hfl	Pta Esc
1.10	Frühkartoffeln/Erdäpfel (*) 0701 90 51 0701 90 59	a)	61,03	823,61	117,03	450,89	18 368,50	9 836,33
		b)	357,26	395,54	48,03	117 418,67	131,29	12 021,14
		c)	511,00	2 408,84	49,29			
1.30	Speisewiebeln (andere als Steckwiebeln) 0703 10 19	a)	24,94	336,56	47,82	184,25	7 506,11	4 019,52
		b)	145,99	161,63	19,63	47 981,97	53,65	4 912,32
		c)	208,81	984,35	20,14			
1.40	Knoblauch 0703 20 00	a)	64,43	869,53	123,55	476,03	19 392,72	10 384,80
		b)	377,18	417,59	50,71	123 965,87	138,61	12 691,43
		c)	539,49	2 543,15	52,03			
1.50	Porree ex 0703 90 00	a)	36,24	489,06	69,49	267,74	10 907,33	5 840,87
		b)	212,14	234,87	28,52	69 723,95	77,96	7 138,23
		c)	303,43	1 430,38	29,27			
1.60	Blumenkohl/Karfiol (*) 0704 10 10 0704 10 05 0704 10 80	a)	75,84	1 023,47	145,43	560,31	22 825,94	12 223,28
		b)	443,95	491,52	59,69	145 912,37	163,15	14 938,28
		c)	635,00	2 993,38	61,25			
1.70	Rosenkohl/Kohlsprossen (*) 0704 20 00	a)	53,71	724,82	102,99	396,81	16 165,37	8 656,55
		b)	314,41	348,10	42,27	103 335,35	115,54	10 579,31
		c)	449,71	2 119,92	43,38			
1.80	Weißkohl und Rotkohl 0704 90 10	a)	40,58	547,68	77,82	299,83	12 214,65	6 540,94
		b)	237,57	263,03	31,94	78 080,82	87,30	7 993,79
		c)	339,80	1 601,82	32,77			
1.90	Brokkoli oder Spargelkohl (Brassica oleracea L. convar. botrytis (L.) Alef var. italica Plenck) ex 0704 90 90	a)	105,95	1 429,81	203,16	782,76	31 888,30	17 076,17
		b)	620,21	686,67	83,39	203 842,50	227,92	20 869,08
		c)	887,10	4 181,81	85,56			
1.100	Chinakohl ex 0704 90 90	a)	78,85	1 064,09	151,20	582,54	23 731,88	12 708,41
		b)	461,57	511,03	62,06	151 703,46	169,62	15 531,16
		c)	660,20	3 112,19	63,68			
1.110	Kopfsalat 0705 11 10 0705 11 05 0705 11 80	a)	56,79	766,39	108,90	419,56	17 092,37	9 152,96
		b)	332,44	368,06	44,70	109 261,12	122,17	11 185,98
		c)	475,49	2 241,48	45,86			
1.120	Endivien ex 0705 29 00	a)	21,82	294,46	41,84	161,21	6 567,27	3 516,77
		b)	127,73	141,42	17,17	41 980,59	46,94	4 297,91
		c)	182,70	861,23	17,62			
1.130	Karotten und Speisemöhren ex 0706 10 00	a)	30,34	409,44	58,18	224,15	9 131,58	4 889,96
		b)	177,61	196,64	23,88	58 372,64	65,27	5 976,10
		c)	254,03	1 197,51	24,50			
1.140	Radieschen ex 0706 90 90	a)	49,31	665,44	94,55	364,30	14 841,08	7 947,39
		b)	288,65	319,58	38,81	94 869,97	106,08	9 712,64
		c)	412,87	1 946,25	39,82			
1.160	Erbsen (Pisum sativum) 0708 10 90 0708 10 20 0708 10 95	a)	350,05	4 723,91	671,23	2 586,14	105 355,16	56 417,65
		b)	2 049,11	2 268,67	275,50	673 471,39	753,03	68 948,95
		c)	2 930,88	13 816,22	282,69			

Rubrik	Warenbezeichnung Ware, Art, KN-Code	Durchschnittswerte je Einheit (Betrag) / 100 kg netto						
		a) b) c)	ECU Fmk Skr	öS ffrs bfrs/lfrs	DM Ir£ £ Stg	Dkr Lit	Dr hfl	Pta Esc
1.170	Bohnen:							
1.170.1	Bohnen (Vigna-Arten, Phaseolus-Arten) ex 0708 20 90 ex 0708 20 20 ex 0708 20 95	a) b) c)	221,84 1 298,59 1 857,40	2 993,70 1 437,73 8 755,79	425,38 174,60 179,15	1 638,92 426 800,99	66 767,03 477,22	35 753,72 43 695,22
1.170.2	Bohnen (Phaseolus Ssp, vulgaris var. Compressus Savi) ex 0708 20 90 ex 0708 20 20 ex 0708 20 95	a) b) c)	87,50 512,21 732,62	1 180,82 567,09 3 453,60	167,79 68,87 70,66	646,45 168 345,62	26 335,31 188,23	14 102,55 17 234,96
1.180	Dicke Bohnen ex 0708 90 00	a) b) c)	92,83 543,41 777,25	1 252,75 601,64 3 663,97	178,01 73,06 74,97	685,83 178 600,28	27 939,51 199,70	14 961,60 18 284,82
1.190	Artischocken 0709 10 30	a) b) c)	115,68 677,17 968,57	1 561,11 749,73 4 565,85	221,82 91,05 93,42	854,64 222 562,54	34 816,79 248,85	18 644,38 22 785,61
1.200	Spargel:							
1.200.1	— grüner ex 0709 20 00	a) b) c)	555,12 3 249,55 4 647,90	7 491,35 3 597,75 21 910,26	1 064,46 436,90 448,30	4 101,20 1 068 015,43	167 076,04 1 194,18	89 469,16 109 341,75
1.200.2	— anderer ex 0709 20 00	a) b) c)	454,50 2 660,57 3 805,46	6 133,52 2 945,65 17 938,98	871,53 357,71 367,04	3 357,85 874 435,28	136 793,14 977,73	73 252,67 89 523,32
1.210	Auberginen/Melanzani (*) 0709 30 00	a) b) c)	71,47 418,40 598,44	964,55 463,23 2 821,07	137,06 56,25 57,72	528,05 137 512,98	21 511,98 153,76	11 519,66 14 078,36
1.220	Bleichsellerie, auch Stangensellerie genannt (Apium graveolens L., var. Dulce (Mill.) Pers.) ex 0709 40 00	a) b) c)	84,57 495,03 708,06	1 141,23 548,08 3 337,79	162,16 66,56 68,29	624,77 162 700,76	25 452,25 181,92	13 629,67 16 657,05
1.230	Pfifferlinge/Eierschwammerl (*) 0709 51 30	a) b) c)	1 046,89 6 128,32 8 765,45	14 127,89 6 784,97 41 320,43	2 007,46 823,95 845,45	7 734,42 2 014 164,02	315 087,72 2 252,09	168 729,36 206 206,97
1.240	Gemüsepaprika oder Paprika ohne brennenden Geschmack 0709 60 10	a) b) c)	90,12 527,57 754,60	1 216,24 584,10 3 557,19	172,82 70,93 72,78	665,84 173 395,03	27 125,22 193,88	14 525,55 17 751,91
1.250	Fenchel 0709 90 50	a) b) c)	73,55 430,55 615,82	992,56 476,68 2 903,00	141,04 57,89 59,40	543,39 141 506,52	22 136,71 158,22	11 854,20 14 487,22
1.270	Süße Kartoffeln, ganz, frisch (zum menschlichen Verzehr bestimmt) 0714 20 10	a) b) c)	73,47 430,08 615,15	991,48 476,16 2 899,84	140,88 57,82 59,33	542,80 141 352,61	22 112,63 158,05	11 841,31 14 471,46
2.10	Eßkastanien (Castanea-Arten), frisch ex 0802 40 00	a) b) c)	136,94 801,62 1 146,58	1 848,02 887,52 5 404,98	262,59 107,78 110,59	1 011,71 263 465,71	41 215,52 294,59	22 070,89 26 973,21
2.30	Ananas, frisch ex 0804 30 00	a) b) c)	45,34 265,40 379,61	611,84 293,84 1 789,47	86,94 35,68 36,61	334,95 87 227,47	13 645,51 97,53	7 307,17 8 930,21

Rubrik	Warenbezeichnung	Durchschnittswerte je Einheit (Betrag) / 100 kg netto						
	Ware, Art, KN-Code	a) b) c)	ECU Fmk Skr	öS ffrs bfrs/lfrs	DM Ir£ £ Stg	Dkr Lit	Dr hfl	Pta Esc
2.40	Avocadofrüchte, frisch ex 0804 40 90 ex 0804 40 20 0804 40 95	a) b) c)	177,24 1 037,54 1 484,01	2 391,88 1 148,71 6 995,63	339,87 139,50 143,14	1 309,45 341 002,05	53 344,99 381,28	28 566,22 34 911,26
2.50	Mangofrüchte und Guaven, frisch ex 0804 50 00	a) b) c)	110,66 647,77 926,51	1 493,33 717,18 4 367,59	212,19 87,09 89,36	817,53 212 898,34	33 304,96 238,05	17 834,79 21 796,20
2.60	Süßorangen, frisch:							
2.60.1	— Blut- und Halbblutorangen 0805 10 42 0805 10 51 0805 10 37	a) b) c)	26,95 157,76 225,65	363,69 174,66 1 063,71	51,68 21,21 21,76	199,11 51 850,45	8 111,28 57,98	4 343,59 5 308,37
2.60.2	— Navels, Navelines, Navelates, Salustianas, Vernas, Valencia lates, Maltaises, Sha- moutis, Ovalis, Trovita, Hamlins 0805 10 44 0805 10 55 0805 10 38	a) b) c)	40,57 237,50 339,70	547,52 262,95 1 601,36	77,80 31,93 32,77	299,75 78 058,31	12 211,13 87,28	6 539,05 7 991,49
2.60.3	— andere 0805 10 39 0805 10 46 0805 10 59	a) b) c)	28,00 163,92 234,46	377,90 181,49 1 105,26	53,70 22,04 22,61	206,88 53 875,79	8 428,11 60,24	4 513,25 5 515,72
2.70	Mandarinen (einschließlich Tangerinen und Satsumas), frisch; Clementinen, Wilkings und ähnliche Kreuzungen von Zitrusfrüch- ten, frisch:							
2.70.1	— Clementinen 0805 20 21	a) b) c)	85,15 498,45 712,94	1 149,10 551,86 3 360,81	163,28 67,02 68,76	629,08 163 822,61	25 627,75 183,17	13 723,65 16 771,90
2.70.2	— Monreales und Satsumas 0805 20 23	a) b) c)	36,30 212,50 303,94	489,88 235,26 1 432,76	69,61 28,57 29,32	268,19 69 839,96	10 925,48 78,09	5 850,59 7 150,11
2.70.3	— Mandarinen und Wilkings 0805 20 25	a) b) c)	54,57 319,45 456,91	736,43 353,68 2 153,88	104,64 42,95 44,07	403,17 104 990,91	16 424,36 117,39	8 795,24 10 748,81
2.70.4	— Tangerinen und andere ex 0805 20 27 ex 0805 20 29	a) b) c)	66,75 390,72 558,85	900,74 432,58 2 634,44	127,99 52,53 53,90	493,12 128 415,77	20 088,85 143,59	10 757,57 13 147,01
2.85	Limetten (<i>Citrus aurantifolia</i>), frisch ex 0805 30 90	a) b) c)	111,65 653,60 934,86	1 506,78 723,64 4 406,95	214,10 87,88 90,17	824,90 214 816,71	33 605,06 240,19	17 995,50 21 992,60

Rubrik	Warenbezeichnung	Durchschnittswerte je Einheit (Betrag) / 100 kg netto						
	Ware, Art, KN-Code	a) b) c)	ECU Fmk Skr	öS ffrs bfrs/lfrs	DM Irf £ Stg	Dkr Lit	Dr hfl	Pta Esc
2.190	Pflaumen	a)	—	—	—	—	—	—
	0809 40 10	b)	—	—	—	—	—	—
	0809 40 40	c)	—	—	—	—	—	—
2.200	Erdbeeren	a)	125,39	1 692,15	240,44	926,38	37 739,26	20 209,36
	0810 10 10	b)	734,01	812,66	98,69	241 244,09	269,74	24 698,19
	0810 10 05 0810 10 80	c)	1 049,87	4 949,11	101,26			
2.205	Himbeeren	a)	645,98	8 717,55	1 238,70	4 772,49	194 423,59	104 113,76
	0810 20 10	b)	3 781,45	4 186,64	508,42	1 242 831,68	1 389,64	127 239,17
		c)	5 408,69	25 496,61	521,68			
2.210	Heidelbeeren der Art <i>Vaccinium myrtillus</i>	a)	520,07	7 018,39	997,26	3 842,28	156 528,01	83 820,69
	0810 40 30	b)	3 044,40	3 370,61	409,32	1 000 588,29	1 118,78	102 438,67
		c)	4 354,47	20 527,00	420,00			
2.220	Kiwifrüchte (<i>Actinidia chinensis</i> Planch.)	a)	120,51	1 626,28	231,08	890,32	36 270,20	19 422,68
	0810 50 00	b)	705,44	781,03	94,85	231 853,29	259,24	23 736,78
		c)	1 009,00	4 756,45	97,32			
2.230	Granatäpfel	a)	115,43	1 557,74	221,34	852,80	34 741,54	18 604,08
	ex 0810 90 85	b)	675,71	748,11	90,85	222 081,55	248,32	22 736,36
		c)	966,48	4 555,99	93,22			
2.240	Kakis (einschließlich Sharon)	a)	354,73	4 787,12	680,21	2 620,75	106 764,86	57 172,54
	ex 0810 90 85	b)	2 076,53	2 299,03	279,19	682 482,78	763,10	69 871,52
		c)	2 970,10	14 001,09	286,47			
2.250	Litschi-Pflaumen	a)	257,92	3 480,70	494,58	1 905,54	77 628,50	41 570,03
	ex 0810 90 30	b)	1 509,84	1 671,62	203,00	496 231,73	554,85	50 803,43
		c)	2 159,55	10 180,16	208,29			

(*) Österreichischer Ausdruck gemäß Protokoll Nr. 10 zur Beitrittsakte 1994.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1344/96 DER KOMMISSION

vom 10. Juli 1996

über die Erteilung von Einfuhrlizenzen für Knoblauch mit Ursprung in China

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 des Rates
vom 18. Mai 1972 über eine gemeinsame Marktorganisa-
tion für Obst und Gemüse ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die
Verordnung (EG) Nr. 1363/95 ⁽²⁾,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 885/96 der
Kommission vom 15. Mai 1996 über eine Schutzmaß-
nahme bei der Einfuhr von Knoblauch mit Ursprung in
China ⁽³⁾, insbesondere auf Artikel 1 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

In Anwendung der Verordnung (EWG) Nr. 1859/93 der
Kommission ⁽⁴⁾, geändert durch die Verordnung (EG) Nr.
1662/94 ⁽⁵⁾, wird aus Drittländern eingeführter Knoblauch
in der Gemeinschaft nur gegen Vorlage einer Einfuhr-
lizenz zum freien Verkehr abgefertigt.

Gemäß Artikel 1 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr.
885/96 werden für die zwischen dem 1. Juni 1996 und
31. Mai 1997 gestellten Anträge Einfuhrlizenzen für
Knoblauch mit Ursprung in China nur im Rahmen einer
monatlichen Höchstmenge erteilt.

Nach den Kriterien gemäß Artikel 1 Absatz 2 der vorge-
nannten Verordnung und in Anbetracht der bereits
erteilten Einfuhrlizenzen überschreiten die am 5. Juli
1996 beantragten Mengen die monatliche Höchstmenge
für Juli 1996. Daher ist festzulegen, in welchem Umfang
für diese Anträge Einfuhrlizenzen erteilt werden können.
Infolgedessen ist die Erteilung von Lizenzen für Anträge
auszusetzen, die nach dem 5. Juli 1996 und vor dem 5.
August 1996 gestellt werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

In Anbetracht der der Kommission am 8. Juli 1996
vorliegenden Informationen werden die am 5. Juli 1996
beantragten Einfuhrlizenzen gemäß Artikel 1 der Verord-
nung (EWG) Nr. 1859/93 für Knoblauch des KN-Codes
0703 20 00 mit Ursprung in China für eine Menge erteilt,
die 0,16203 % der beantragten Menge entspricht.

Den nach dem 5. Juli 1996 und vor dem 5. August 1996
gestellten Anträgen auf Erteilung einer Einfuhrlizenz für
die vorgenannten Erzeugnisse wird nicht stattgegeben.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 11. Juli 1996 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 10. Juli 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 118 vom 20. 5. 1972, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 132 vom 16. 6. 1995, S. 8.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 119 vom 16. 5. 1996, S. 12.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 170 vom 13. 7. 1993, S. 10.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 176 vom 9. 7. 1994, S. 1.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1345/96 DER KOMMISSION**vom 10. Juli 1996****betreffend die Erteilung von Einfuhrlizenzen für frisches, gekühltes oder gefrorenes hochwertiges Rindfleisch**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1036/96 der
Kommission vom 10. Juni 1996 zur Eröffnung und
Verwaltung von Zollkontingenten für hochwertiges
frisches, gekühltes oder gefrorenes Rindfleisch und gefro-
renes Büffelfleisch für den Zeitraum vom 1. Juli 1996 bis
zum 30. Juni 1997⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 5 Absatz
3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Verordnung (EG) Nr. 1036/96 sieht in den Artikeln 4
und 5 die Bedingungen für Anträge auf und die Erteilung
von Einfuhrlizenzen für das in Artikel 2 Buchstabe f)
genannte Fleisch vor.

Die Verordnung (EG) Nr. 1036/96 hat in Artikel 2
Buchstabe f) die Menge frischen, gekühlten oder gefro-
renen hochwertigen Rindfleischs mit Ursprung in und
Herkunft aus den Vereinigten Staaten von Amerika und
Kanada, die im Zeitraum vom 1. Juli 1996 bis zum 30.
Juni 1997 unter besonderen Bedingungen eingeführt
werden kann, auf 10 000 Tonnen festgesetzt.

Die Mengen, für welche Einfuhrlizenzen beantragt
wurden, sind größer als die in Betracht kommenden

Mengen. Gemäß Artikel 5 Absatz 3 der Verordnung (EG)
Nr. 1036/96 sollte deshalb ein einheitlicher Prozentsatz
festgesetzt werden, um den die beantragten Mengen zu
kürzen sind.

Es ist darauf hinzuweisen, daß die in dieser Verordnung
vorgesehenen Lizenzen während ihrer gesamten Gültig-
keitsdauer nur unter Berücksichtigung der tierseuchen-
rechtlichen Regelungen verwendet werden können —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

(1) Jedem vom 1. bis 5. Juli 1996 eingereichten
Einfuhrlizenzantrag für frisches, gekühltes oder gefrorenes
hochwertiges Rindfleisch gemäß Artikel 2 Buchstabe f)
der Verordnung (EG) Nr. 1036/96 wird bis zu höchstens
82,658 % der beantragten Mengen stattgegeben.

(2) Anträge auf Lizenzen können gemäß Artikel 5 der
Verordnung (EG) Nr. 1036/96 in den ersten fünf Tagen
des Monats August 1996 für 833 Tonnen gestellt werden.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 11. Juli 1996 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 10. Juli 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 138 vom 11. 6. 1996, S. 1.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1346/96 DER KOMMISSION**vom 10. Juli 1996****zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3223/94 der Kommission vom 21. Dezember 1994 mit Durchführungsbestimmungen zu der Regelung der Einfuhr von Obst und Gemüse ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2933/95 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 4 Absatz 1,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3813/92 des Rates vom 28. Dezember 1992 über die Rechnungseinheit und die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzuwendenden Umrechnungskurse ⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 150/95 ⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 3 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die in Anwendung der Ergebnisse der multilateralen Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde von der

Kommission festzulegenden, zur Bestimmung der pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigenden Kriterien sind in der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 für die in ihrem Anhang angeführten Erzeugnisse und Zeiträume festgelegt.

In Anwendung der genannten Kriterien sind die im Anhang zur vorliegenden Verordnung ausgewiesenen pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die in Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 genannten pauschalen Einfuhrwerte sind in der Tabelle im Anhang zur vorliegenden Verordnung festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 11. Juli 1996 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 10. Juli 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 66.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 307 vom 20. 12. 1995, S. 21.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 387 vom 31. 12. 1992, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 22 vom 31. 1. 1995, S. 1.

ANHANG

zu der Verordnung der Kommission vom 10. Juli 1996 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise

(ECU/100 kg)			(ECU/100 kg)		
KN-Code	Drittland-Code (*)	Pauschaler Einfuhrpreis	KN-Code	Drittland-Code (*)	Pauschaler Einfuhrpreis
0702 00 35	052	73,4		508	84,1
	060	80,2		512	76,8
	064	70,8		524	72,2
	066	75,6		528	85,2
	068	62,3		624	86,5
	204	86,8		728	107,3
	208	44,0		800	78,0
	212	97,5		804	97,6
	624	95,8		999	83,3
	999	76,3		0808 20 47	039
ex 0707 00 25	052	75,7		052	138,2
	053	156,2		064	72,5
	060	61,0		388	92,2
	066	53,8		400	70,4
	068	69,1		512	104,1
	204	144,3		528	109,0
	624	87,1		624	79,0
	999	92,5		728	115,4
				800	55,8
				804	73,0
0709 90 77	052	65,9		999	92,2
	204	77,5	0809 10 40	052	144,4
	412	54,2		061	51,3
	624	151,9		064	117,1
	999	87,4		400	338,0
0805 30 30	052	130,6		999	162,7
	204	88,8	0809 20 49	052	197,1
	220	74,0		061	182,0
	388	72,3		064	137,1
	400	68,2		066	73,7
	512	54,8		068	121,6
	520	66,5		400	216,8
	524	67,6		600	94,9
	528	63,7		616	85,2
	600	84,0		624	182,8
	624	48,9	0809 30 31, 0809 30 39	676	166,2
	999	74,5		999	145,7
	0808 10 71, 0808 10 73, 0808 10 79	039	116,0		052
052		64,0		220	121,8
064		78,6		624	106,8
284		72,1		999	97,2
388		98,4	0809 40 30	052	73,2
400		79,6		064	64,4
404		63,6		066	84,9
416		72,7		068	61,2
				400	143,5
				624	217,2
				676	68,6
			999	101,9	

(*) Nomenklatur der Länder gemäß Verordnung (EG) Nr. 68/96 der Kommission (ABl. Nr. L 14 vom 19. 1. 1996, S. 16). Der Code „999“ steht für „Verschiedenes“.

II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

RAT

BESCHLUSS DES RATES

vom 25. Juni 1996

zur Ernennung von fünf Mitgliedern und drei stellvertretenden Mitgliedern des Ausschusses der Regionen

(96/417/EG)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 198a,

gestützt auf die Beschlüsse des Rates 94/65/EG vom 26. Januar 1994 ⁽¹⁾ und 95/15/EG vom 23. Januar 1995 ⁽²⁾ zur Ernennung der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder des Ausschusses der Regionen,

in der Erwägung, daß durch das Ausscheiden der Mitglieder Herrn Léon Bollendorff, Herrn Roy Cross, Herrn Sepp Rieder, Herrn Hans Katschthaler und Herrn Josef Krainer sowie der stellvertretenden Mitglieder Herrn José Miguel González Hernández, Herrn Pedro Soto García und Herrn Willy Bourg, das dem Rat am 22. April 1996, 11. September 1995, 22. Januar 1996, 21. Mai 1996, 22. April 1996, 13. März 1996, 22. April 1996 bzw. am 3. Juni 1996 zur Kenntnis gebracht wurde, die Sitze von fünf Mitgliedern und drei stellvertretenden Mitgliedern des Ausschusses frei geworden sind;

auf Vorschlag der luxemburgischen, der österreichischen, der spanischen und der britischen Regierung —

BESCHLIESST:

Einziges Artikel

1. Herr Willy Bourg wird als Nachfolger von Herrn Léon Bollendorff für dessen verbleibende Amtszeit, d. h. bis zum 25. Januar 1998, zum Mitglied des Ausschusses der Regionen ernannt.
2. Frau Waltraud Klasnic wird als Nachfolgerin von Herrn Josef Krainer für dessen verbleibende Amtszeit, d. h. bis zum 25. Januar 1998, zum Mitglied des Ausschusses der Regionen ernannt.

3. Herr Anton Koczur wird als Nachfolger von Herrn Sepp Rieder für dessen verbleibende Amtszeit, d. h. bis zum 25. Januar 1998, zum Mitglied des Ausschusses der Regionen ernannt.
4. Herr Franz Schausberger wird als Nachfolger von Herrn Hans Katschthaler für dessen verbleibende Amtszeit, d. h. bis zum 25. Januar 1998, zum Mitglied des Ausschusses der Regionen ernannt.
5. Herr Robert Eccles wird als Nachfolger von Herrn Roy Cross für dessen verbleibende Amtszeit, d. h. bis zum 25. Januar 1998, zum Mitglied des Ausschusses der Regionen ernannt.
6. Herr Paul-Henri Meyers wird als Nachfolger von Herrn Willy Bourg für dessen verbleibende Amtszeit, d. h. bis zum 25. Januar 1998, zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses der Regionen ernannt.
7. Herr Antonio Ángel Castro Córdoba wird als Nachfolger von Herrn José Miguel González Hernández für dessen verbleibende Amtszeit, d. h. bis zum 25. Januar 1998, zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses der Regionen ernannt.
8. Herr Emilio Del Río Sanz wird als Nachfolger von Herrn Pedro Soto García für dessen verbleibende Amtszeit, d. h. bis zum 25. Januar 1998, zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses der Regionen ernannt.

Geschehen zu Luxemburg am 25. Juni 1996.

*Im Namen des Rates**Der Präsident*

M. PINTO

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 31 vom 4. 2. 1994, S. 29.⁽²⁾ ABl. Nr. L 25 vom 2. 2. 1995, S. 20.

ENTSCHEIDUNG DES RATES

vom 27. Juni 1996

zur Ermächtigung eines Mitgliedstaats, gemäß dem Verfahren in Artikel 8 Absatz 4 der Richtlinie 92/81/EWG für Mineralöle mit bestimmten Verwendungszwecken Verbrauchsteuerbefreiungen oder -ermäßigungen einzuführen oder beizubehalten

(96/418/EG)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Richtlinie 92/81/EWG des Rates vom 19. Oktober 1992 zur Harmonisierung der Struktur der Verbrauchsteuern auf Mineralöle⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 8 Absatz 4,

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Gemäß Artikel 8 Absatz 4 der Richtlinie 92/81/EWG kann der Rat auf Vorschlag der Kommission einstimmig einen Mitgliedstaat ermächtigen, Steuerbefreiungen oder Ermäßigungen auf Mineralöle aus besonderen politischen Erwägungen zu gewähren.

Die irischen Behörden haben der Kommission mitgeteilt, daß sie auf unverbleites Benzin je nach Umweltklasse unterschiedliche Verbrauchsteuersätze anwenden wollen.

Die übrigen Mitgliedstaaten wurden darüber unterrichtet.

Nach Auffassung der Kommission und aller Mitgliedstaaten ist diese Befreiung aus besonderen politischen Erwägungen gerechtfertigt, bewirkt keine Wettbewerbsverzerrungen und beeinträchtigt nicht das Funktionieren des Binnenmarktes.

Die Kommission prüft regelmäßig, ob die Ermäßigungen und Befreiungen mit dem Binnenmarkt und der Umweltschutzpolitik der Gemeinschaft vereinbar sind.

Gemäß Artikel 8 Absatz 6 der Richtlinie 92/81/EWG prüft der Rat die Situation bis zum 31. Dezember 1996 auf der Grundlage eines Berichts der Kommission —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Gemäß Artikel 8 Absatz 4 der Richtlinie 92/81/EWG und unbeschadet der Verpflichtungen aus der Richtlinie 92/82/EWG des Rates vom 19. Oktober 1992 zur Annäherung der Verbrauchsteuersätze für Mineralöle⁽²⁾ wird Irland ermächtigt, bis zum 31. Dezember 1996 auf unverbleites Benzin je nach Umweltklasse unterschiedliche Verbrauchsteuersätze anzuwenden, sofern bei diesen Steuersätzen die in den gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften festgelegten Mindestsätze der Verbrauchsteuer auf Mineralöle eingehalten werden.

Artikel 2

Diese Entscheidung ist an Irland gerichtet.

Geschehen zu Luxemburg am 27. Juni 1996.

*Im Namen des Rates**Der Präsident*

A. MACCANICO

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 316 vom 31. 10. 1992, S. 12. Richtlinie zuletzt geändert durch die Richtlinie 94/74/EG (ABl. Nr. L 365 vom 31. 12. 1994, S. 46).

⁽²⁾ ABl. Nr. L 316 vom 31. 10. 1992, S. 19. Richtlinie geändert durch die Richtlinie 94/74/EG (ABl. Nr. L 365 vom 31. 12. 1994, S. 46).

ENTSCHEIDUNG DES RATES

vom 27. Juni 1996

zur Festlegung eines von der Gemeinsamen Forschungsstelle für die Europäische Atomgemeinschaft durchzuführenden zusätzlichen Forschungsprogramms (1996-1999)

(96/419/Euratom)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 7,

auf Vorschlag der Kommission⁽¹⁾, die den Ausschuß für Wissenschaft und Technik angehört hat,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments⁽²⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Entwicklung der Nuklearmedizin in der Europäischen Union trägt dazu bei, das Ziel des Gesundheitsschutzes, das sich die Europäische Union gesetzt hat, zu verwirklichen; dafür müssen vermehrt Testreaktoren für medizinische Zwecke eingesetzt werden.

Im Rahmen der gemeinsamen Politik für Wissenschaft und Technologie ist das Forschungsprogramm eines der wichtigsten Mittel, über das die Europäische Atomgemeinschaft verfügt, um einen Beitrag zu einer sicheren Nutzung der Kernenergie zu leisten.

Die Niederlande, Deutschland und Frankreich werden entweder direkt oder über Abkommen mit Forschungseinrichtungen die Mittel für das Zusatzprogramm aufbringen —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Mit Wirkung vom 1. Januar 1996 wird für die Dauer von vier Jahren das Zusatzprogramm für den Betrieb des Hochflußreaktors (HFR), nachstehend „Programm“ genannt, aufgestellt, dessen Ziele in Anhang I aufgeführt sind.

Artikel 2

Die für die Durchführung des Programms für erforderlich gehaltenen Finanzbeiträge sind in Anhang II aufgeschlüsselt.

Artikel 3

Der Aufsichtsrat der Gemeinsamen Forschungsstelle überwacht die Tätigkeiten des HFR; dies gilt auch für die finanziellen Aspekte.

Artikel 4

(1) Die Kommission unterbreitet dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Wirtschafts- und Sozialausschuß alljährlich vor dem 15. April einen Bericht über die Durchführung dieser Entscheidung.

(2) Dem Bericht werden die Bemerkungen des Aufsichtsrats beigelegt. Der Aufsichtsrat kann ferner dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Wirtschafts- und Sozialausschuß über die Kommission einen gesonderten Bericht über einzelne Aspekte der Durchführung dieser Entscheidung vorlegen.

Artikel 5

Diese Entscheidung ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Geschehen zu Luxemburg am 27. Juni 1996.

Im Namen des Rates

Der Präsident

A. MACCANICO

⁽¹⁾ ABl. Nr. C 73 vom 13. 3. 1996, S. 18.

⁽²⁾ ABl. Nr. C 17 vom 22. 1. 1996, S. 425.

*ANHANG I***WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHE ZIELE**

Hauptziele des Programms sind:

1. Der sichere Betrieb des Hochflußreaktors (HFR) in Petten. Dies umfaßt den normalen Betrieb der Anlage während einer Dauer von über 250 Tagen/Jahr, das Management des Brennstoffkreislaufs sowie Sicherheits- und Qualitätsmanagement.
2. Effiziente Nutzung des Reaktors in einem weiten Bereich festumrissener Sektoren: Herstellung von Radioisotopen und damit zusammenhängende Tätigkeiten, Bestrahlungsprüfung von Werkstoffen für Spaltreaktoren sowie für künftige Kernfusionsreaktoren, Neutronenanwendungen auf die Festkörperphysik und Forschungen auf dem Gebiet der Werkstoffkunde, Neutronenradiographie als zerstörungsfreie Prüfverfahren sowie Neutronenbehandlung (Bor-Neutroneneinfangtherapie) bestimmter Krebsarten und verwandte Forschungsarbeiten.

*ANHANG II***AUFSCHLÜSSELUNG DER FINANZBEITRÄGE**

Die Niederlande, Deutschland und Frankreich werden die Mittel für das Programm aufbringen.

Aufschlüsselung:

- Niederlande: 32,5 Mio. ECU,
- Deutschland: 6 Mio. ECU,
- Frankreich: 1,2 Mio. ECU.

Diese Beiträge werden um folgendes ergänzt:

Beteiligung an Gemeinschaftsprogrammen
und Auftragsarbeiten für externe Partner: z.E.

Diese Beträge schließen entsprechende anteilige Rückstellungen zur Deckung der Kosten für die Entsorgung der Abfälle ein, die bei allen während der Laufzeit des Programms vorgenommenen Tätigkeiten angefallen sind.

Derartige Rückstellungen ergänzen die bereits vorgenommenen Rückstellungen und werden zu gegebener Zeit verwendet.

ENTSCHEIDUNG DES RATES

vom 27. Juni 1996

zur Aufhebung der Entscheidung über das Vorliegen eines übermäßigen Defizits
in Dänemark

(96/420/EG)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 104c Absatz 12,

auf Empfehlung der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die zweite Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion hat am 1. Januar 1994 begonnen. Nach Artikel 109e Absatz 4 des Vertrags bemühen sich die Mitgliedstaaten in der zweiten Stufe, übermäßige öffentliche Defizite zu vermeiden.

Das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit sieht vor, daß eine Entscheidung über das Vorliegen eines übermäßigen Defizits ergeht und daß diese Entscheidung aufgehoben wird, wenn das übermäßige Defizit korrigiert worden ist. In der zweiten Stufe richtet sich das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit nach Artikel 104c des Vertrags, mit Ausnahme der Absätze 1, 9 und 11. Das Protokoll über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit im Anhang zum Vertrag enthält weitere Bestimmungen über die Durchführung dieses Verfahrens. In der Verordnung (EG) Nr. 3605/93 des Rates⁽¹⁾ werden detaillierte Regeln und Definitionen für die Anwendung des genannten Protokolls festgelegt.

Auf Empfehlung der Kommission gemäß Artikel 104c Absatz 6 des Vertrags entschied der Rat am 26. September 1994, daß in Dänemark ein übermäßiges Defizit bestand. Nach Artikel 104c Absatz 7 richtete der Rat am 7. November 1994 und am 24. Juli 1995 Empfehlungen an Dänemark mit dem Ziel, das übermäßige Defizit zu beenden.

Nach Artikel 104c Absatz 12 des Vertrags hebt der Rat eine Entscheidung über das Vorliegen eines übermäßigen Defizits auf, wenn nach seiner Ansicht das übermäßige Defizit in dem betreffenden Mitgliedstaat korrigiert worden ist.

Bei der Aufhebung der Entscheidung wird der Rat auf Empfehlung der Kommission tätig. Die von der Kommission übermittelten Daten — denen die von Dänemark im März 1996 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 3605/93 gelieferten Informationen zugrunde liegen — lassen folgende Schlußfolgerungen zu:

Der vorübergehende Anstieg des öffentlichen Defizits im Jahr 1993 hat sich seither umgekehrt. Das Finanzierungs-

defizit des dänischen Gesamtstaats nahm 1994 und 1995 ab und ging 1995 auf 1,4 % des BIP zurück. Damit liegt es deutlich unter dem Referenzwert des Vertrags. Für 1996 wird ein weiterer Rückgang erwartet.

1994 und 1995 konnte der Bruttoschuldenstand von 80,1 % des BIP auf 71,9 % des BIP gesenkt werden. Die Entwicklung des Bruttoschuldenstandes, insbesondere sein früherer Anstieg, wurde durch institutionelle Sonderfaktoren, die 1995 etwa 19 % des BIP ausmachten, stark beeinflußt.

Heute liegt das Defizit deutlich unter dem Referenzwert des Vertrags und dürfte auf mittlere Sicht auf diesem Stand verharren. Der Bruttoschuldenstand hat sich zwei Jahre hintereinander stark verringert, und es wird ein weiterer deutlicher Rückgang erwartet —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Nach Prüfung der Gesamtlage ist festzustellen, daß das übermäßige Defizit in Dänemark korrigiert worden ist.

Artikel 2

Die Entscheidung des Rates vom 26. September 1994 über das Vorliegen eines übermäßigen Defizits in Dänemark wird aufgehoben.

Artikel 3

Diese Entscheidung ist an das Königreich Dänemark gerichtet.

Geschehen zu Luxemburg am 27. Juni 1996.

Im Namen des Rates

Der Präsident

A. MACCANICO

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 332 vom 31. 12. 1993, S. 7.

ENTSCHEIDUNG DES RATES

vom 27. Juni 1996

über das Vorliegen eines übermäßigen Defizits in Deutschland

(96/421/EG)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 104c Absatz 6,

auf Empfehlung der Kommission,

unter Berücksichtigung der Bemerkungen Deutschlands,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die zweite Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion hat am 1. Januar 1994 begonnen. Nach Artikel 109e Absatz 4 des Vertrags bemühen sich die Mitgliedstaaten in der zweiten Stufe, übermäßige öffentliche Defizite zu vermeiden.

Das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit sieht vor, daß eine Entscheidung über das Vorliegen eines übermäßigen Defizits ergeht und daß diese Entscheidung aufgehoben wird, wenn das übermäßige Defizit korrigiert worden ist. Das Protokoll über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit im Anhang zum Vertrag enthält weitere Bestimmungen über die Durchführung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit. In der Verordnung (EG) Nr. 3605/93 des Rates⁽¹⁾ werden detaillierte Regeln und Definitionen für die Anwendung des genannten Protokolls festgelegt.

Im Verfahren bei einem übermäßigen Defizit entschied der Rat am 26. September 1994, daß in Deutschland ein übermäßiges Defizit bestand. Am 10. Juli 1995 hob der Rat diese Entscheidung auf.

Ist die Kommission der Auffassung, daß in einem Mitgliedstaat ein übermäßiges Defizit besteht oder sich ergeben könnte, so legt sie nach Artikel 104c Absatz 5 des Vertrags dem Rat eine Stellungnahme vor. Die Kommission hat dem Rat im Mai 1996 eine Stellungnahme zu Deutschland mit folgendem Inhalt übermittelt:

- a) Deutschland hat der Kommission bis März 1996 Informationen über seine Haushaltslage übermittelt. Daraufhin hat die Kommission gemäß Artikel 4 des Protokolls über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit die zur Anwendung dieses Protokolls erforderlichen statistischen Daten zur Verfügung gestellt.

- b) Gemäß Artikel 104c Absatz 3 des Vertrags hat die Kommission im April 1996 einen Bericht über Deutschland erstellt, der die relevanten Faktoren berücksichtigt.

- c) Gemäß Artikel 104c Absatz 4 des Vertrags hat der Währungsausschuß eine Stellungnahme zu dem Bericht der Kommission abgegeben.

- d) Die Kommission ist der Auffassung, daß in Deutschland ein übermäßiges Defizit besteht.

Nach Artikel 104c Absatz 6 des Vertrags berücksichtigt der Rat alle Bemerkungen, die der betreffende Mitgliedstaat gegebenenfalls abzugeben wünscht, bevor der Rat nach Prüfung der Gesamtlage entscheidet, ob ein übermäßiges Defizit besteht. Aus dieser Prüfung ergeben sich folgende Schlußfolgerungen:

Deutschland hat beträchtliche Anstrengungen unternommen, um den einigungsbedingten Ausgabenbedarf zu bewältigen. Das öffentliche Defizit in Relation zum BIP wurde — mit der vorübergehenden Ausnahme des Jahres 1993 — schrittweise gesenkt und lag 1994 bei 2,5 % des BIP. 1995, als sich das Defizit in Deutschland auf 3,5 % erhöhte, kehrte sich die rückläufige Entwicklung des Defizits in Deutschland allerdings um, was nur zum Teil auf das schwächere Wirtschaftswachstum zurückzuführen war. Nach Mitteilung der deutschen Bundesregierung vom Februar 1996 wird das öffentliche Defizit 1996 3,6 % betragen. Von den Kommissionsdienststellen wird für 1996 ein Defizit von 3,9 % des BIP prognostiziert. Das erwartete Defizit für das Jahr 1996 überschreitet demnach den Referenzwert des Vertrags.

Angesichts der mittelfristigen Wirtschafts- und Haushaltslage Deutschlands läßt die Entwicklung der öffentlichen Schuldenquote, die 1995 bei 58,1 % lag, für 1996 einen weiteren Anstieg dieser Quote um mehrere Prozentpunkte erwarten.

Nach Artikel 3 des Protokolls über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit im Anhang zum Vertrag sind die Regierungen der Mitgliedstaaten für die Defizite des Staatssektors im Sinne von Artikel 2 erster Gedankenstrich des Protokolls verantwortlich.

Nach Artikel 104c Absatz 12 des Vertrags ist eine Entscheidung des Rates über das Vorliegen eines übermäßigen Defizits aufzuheben, wenn das übermäßige Defizit in dem betreffenden Mitgliedstaat nach Ansicht des Rates korrigiert worden ist —

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 332 vom 31. 12. 1993, S. 7.

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Nach Prüfung der Gesamtlage ist festzustellen, daß in Deutschland ein übermäßiges Defizit besteht.

Artikel 2

Diese Entscheidung ist an die Bundesrepublik Deutschland gerichtet.

Geschehen zu Luxemburg am 27. Juni 1996.

Im Namen des Rates

Der Präsident

A. MACCANICO

BERICHTIGUNGEN

Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 658/96 der Kommission vom 9. April 1996 über die Voraussetzungen für die Ausgleichszahlungen im Rahmen der Stützungsregelung für Erzeuger bestimmter landwirtschaftlicher Kulturpflanzen

(Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 91 vom 12. April 1996)

Seite 48, Titel II Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b):

Es ist zu streichen: „... mit Kulturpflanzen ...“.

Seite 48, Titel II Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe c):

Es ist zu streichen: „... anerkannten ...“ und „... in dieser Region ...“.

Seite 48, Titel II Artikel 4 Absatz 1:

Es ist zu streichen: „... ganzflächig ...“.

Seite 51, Titel V Artikel 9 Absatz 2 zweite Zeile:

anstatt: „... und oben Artikel 4 Absatz 1 ...“

muß es heißen: „... und Artikel 4 Absatz 1 der vorliegenden Verordnung ...“.

Seite 51, Titel VI Artikel 13 erste Zeile:

anstatt: „... und ...“

muß es heißen: „... treten mit 1. Juli 1996 außer Kraft.“

Seite 53, Anhang I, Punkt 2 dritte Zeile:

anstatt: „... mehrjährigen Kulturarten ...“

muß es heißen: „... mehrjährigen landwirtschaftlichen Kulturarten ...“.

Seite 54, Anhang II:

— *anstatt:* „Amazon“

muß es heißen: „Amazone“;

— *anstatt:* „Jaspe“

muß es heißen: „Jasper“.

Seite 61, Anhang VIII, Tabelle erste Spalte „Kulturart“ Nummern 13 und 21:

anstatt: „... zusätzliche ...“

muß es heißen: „... besondere ...“.

Seite 61, Anhang VIII, Tabelle erste Spalte „Kulturart“ Nummer 22:

anstatt: „davon nachwachsende Rohstoffe“

muß es heißen: „Stillegung mit nachwachsenden Rohstoffen“.

Seite 64, Anhang IX, Spalte „Region“ (Spanien) betreffend Soja:

Nach „Bergamo“ wird „Biella“, nach „Gorizia“ wird „Lodi“ und nach „Venezia“ wird „Verbano-Cusio-Ossala“ eingefügt.